

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz. 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 47 B

BERLIN • Donnerstag, den 25. Februar 1932

I. JAHRGANG

Japan muß Ruhe geben.

Abwehr Chinas. / Japaner holen Hilfe. / USA liefert Waffen.

b Shanghai, 23. Februar.

Die Japaner haben ihre militärischen Operationen am Dienstag nachmittag auf der ganzen Kampffront eingestellt. Sie werden die Operationen vor dem Eintreffen neuer Verstärkungen voraussichtlich nicht wieder aufnehmen. Dieser aufsehenerregende Entschluß des japanischen Oberkommandos ist in erster Linie auf den chinesischen Vorstoß im Norden von Kiangwan zurückzuführen, durch den der rechte Flügel der japanischen Truppen zum Rückzug gezwungen wurde. Die chinesischen Truppen rückten aus Norden heran, überschritten den Wusungkanal, überflügelten die rechte japanische Flanke und eroberten ein Dorf, das in der Nacht zum Dienstag von den Japanern besetzt worden war, wieder zurück. Die Japaner zogen darauf ihren rechten Flügel zurück und stellten kurz darauf die Feindseligkeiten auf der ganzen Front ein.

Am Dienstag vormittag machten die Japaner noch vor dem Einsetzen des chinesischen Vorstoßes zwei Sturmangriffe auf Kiangwan und Tasang, die jedoch beide fehlschlugen.

An der Tschapei-Front ist es nach einem heftigen Artillerieduell am Dienstag morgen nunmehr ebenfalls ruhig. Die beiderseitigen Stellungen sind unverändert.

Amtlich verlautet am Dienstag, daß zwei japanische Armee-divisionen mit einer Gesamtstärke von 30 000 Mann nach Schanghai befohlen worden seien und dort zum Wochenende eintreffen würden. Neutrale militärische Beobachter schätzen die gegenwärtig im Kampfgebiet von Schanghai stehenden japanischen Streitkräfte, einschließlich der Seesoldaten, bereits auf über 80 000 Mann, da in letzter Zeit wieder neue Verstärkungen eingetroffen seien.

c Tokio, 23. Februar.

Die japanische Regierung hat beschlossen, die Zahl der Truppen in Schanghai zu verdoppeln.

b Shanghai, 24. Februar.

Am Mittwoch morgen unternahmen die japanischen Truppen trotz strömenden Regens einen neuen Angriff auf die chinesische Stellung zwischen Kiangwan und Tasan mit dem Ziel, die Chinesen in Kiangwan von der Haupttruppe abzuschneiden. Die Japaner wurden unter heftigem Maschinengewehrfeuer zurückgeschlagen und die Chinesen eröffneten einen Gegenangriff. Der rechte japanische Flügel droht von den chinesischen Truppen durchbrochen zu werden. Dort steht die 88. chinesische Division, eine der Musterdivisionen TSIANGKAISCHERS.

Das japanische Hauptquartier gibt in seinem Kampfbericht zu, daß der Angriff am Dienstag auf Kiangwan und Tasan fehlgeschlagen ist. An der übrigen Kampffront blieb

die Lage bis Mittwoch vormittag vollkommen unverändert. Auf beiden Seiten wird die Waffenpause zum Ausbau und zur Verstärkung der Stellungen benutzt. Die Chinesen halten nach wie vor die Wusung-Forts und das Nordufer des Wusung-Kanals.

Kämpfe in der Mandschurei.

c Tokio, 23. Februar.

Wie amtlich gemeldet wird, haben die Reste der chinesischen Truppen unter Führung des Generals DINSCHA einen starken Vorstoß gegen die japanischen Truppen an der chinesischen Ostbahn unternommen und versucht, die Bahnstation Imjanpo zu besetzen. Der Bahnhof wurde von beiden Seiten stark beschossen. Japanische Verstärkungen sind unterwegs.

Englische Arbeiter gegen Japan.

m London, 24. Februar.

Der Generalrat des englischen Gewerkschaftskongresses, der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei und die arbeiterteiliche Unterhausfraktion haben eine Kundgebung erlassen, in der der Völkerbundrat aufgefordert wird, die Mitglieder des Völkerbundes und die Unterzeichner des KELLOGG-Paktes zur Zurückziehung ihrer diplomatischen Vertreter aus Japan zu veranlassen und, falls Japan den Krieg fortsetze, den Artikel 16 des Völkerbundstatuts in Anwendung zu bringen.

Vielleicht protestiert die englische Arbeiterschaft in Zukunft auch gegen das Bombardement indischer Städte durch englische Truppen.

Alarmmeldung über Beziehungen Amerikas zu Japan.

f Washington, 23. Februar.

Wie die Telegraphen-Union meldet, wurde am Dienstag vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses der Rechtsbeistand der chinesischen Regierung, PAUL LINEBERGER, vernommen. Er behauptete dabei, daß die Besetzung der Mandschurei durch die Japaner mittelbar mit Geldern aus den Vereinigten Staaten finanziert worden sei. Japan habe bisher in den Vereinigten Staaten dafür für 181 Millionen Dollar Kriegsmaterial gekauft. Das Handelsdepartement verweigert jede Erklärung zu dieser Behauptung LINEBERGERS, der in seinen Ausführungen unterstrich, daß die Statistiken seine Aussagen bestätigen würden.

Sicher werden die Japaner auch in anderen Ländern Waffen kaufen!

Neue Unternehmerangriffe.

Das Reichsarbeitsministerium hat den Antrag der Bauarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung der durch die Notverordnung vom 8. Dezember bereits gesenkten Lohnsätze abgelehnt. Die von der Regierung selber diktierten Löhne, deren Festlegung durch Verbindlichkeitserklärung sie jetzt ablehnt, sind bereits vielfach gekündigt. Neue Verhandlungen stehen bevor.

Ein empörendes Bündnis: freie Hand für die Unternehmer, sobald sie selber stark genug sind, Lohnkürzungen

durchzusetzen; Hand in Hand damit Lohnkürzung durch Regierungsdiktat. Von einer Anwendung der Verbindlichkeitserklärung gegen die Unternehmer ist keine Rede.

Nimmt man hinzu, daß durch diese Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer und der Regierung die Ursache der Krise noch verschärft wird, so ahnt man, was der Arbeiterschaft noch bevorsteht. Die Aufgabe, die Einheitsfront in den Tageskämpfen der Arbeiterschaft durchzusetzen, diese Aufgabe wird von Tag zu Tag dringender.

Die Reichstagssitzung.

„Dem deutschen Volke!“

h Berlin, 23. Februar.

In der heutigen Reichstagssitzung begründete zunächst der Reichsinnenminister GROENER den Vorschlag der Regierung, als Wahltag für den ersten Wahlgang den 13. März, für den zweiten Wahlgang den 10. April festzusetzen. Am 5. Mai, wenn die Amtsperiode HINDENBURGS abläufe, müsse der neue Reichspräsident zur Uebernahme des Amtes bereit sein.

Dann sprach GOEBBELS. Bei seinen Ausführungen über die Präsidentenwahl machte er nach links hin die Bemerkung: dort saßen Deserteure, die jetzt HINDENBURG wählen wollten. Präsident LÖBE griff ein, GOEBBELS provozierte die SP-Abgeordneten weiter: in einem amtlichen Schriftstück der SPD heiße es, daß Landesverrat kein Verbrechen sei. Darauf großer Lärm, die Sozialdemokraten und die NS drängten zur Mitte; LÖBE unterbrach die Sitzung.

Nach einer Stunde eröffnete er wieder mit der Mitteilung, der Ältestenrat habe sich mit dem Zwischenfall beschäftigt. Nach dem Stenogramm habe GOEBBELS erklärt, HINDENBURG sei von der Partei der Deserteure gelobt worden. In dieser Bemerkung sehe der Ältestenrat eine Beleidigung des Staatsoberhauptes und eine Verletzung der Hausordnung. GOEBBELS wird deswegen von der Sitzung ausgeschlossen. GOEBBELS verließ den Saal unter den Heilrufen seiner Pg.

Darauf Geschäftsordnungsausprache, in der STRASSER (NS) erklärte: mit talmudisch geschulter Spitzfindigkeit habe man aus GOEBBELS' Worten eine Beleidigung des Reichspräsidenten herauskonstruiert, während SCHÜHMACHER (SPD) feststellte, den NS sei zum ersten Male in der deutschen Politik die Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen.

Die „Ausprache“ wurde dann mit einer Rede ULBRICHTS (KP) fortgesetzt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt vor Beginn der Vollsitzung eine Fraktionsitzung ab, in der BRÜNING zur Innen- und Außenpolitik sprach.

AUS DEM INHALT:

Tardieu Regierungserklärung.
Erwerbslosenunruhen in England.
Briefe aus Dänemark.
Banken-Sanierung.
Gewerkschaften und Präsidentenwahl.
Hitler deutscher Staatsbürger.
Wovon der Faschismus lebt!

Schuld oder Schicksal?

Von Helmut Rauschenplat.

Seit Montag gibt es in Deutschland nur noch eine einigermaßen vom Staat unabhängige private Großbank mit Filialnetz im Reich: Die Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft. Alle anderen Filial-Großbanken gehören dem Reich oder sind von ihm abhängig. Die Großbank-Aktionäre verlieren etwa zwei Drittel ihres Vermögens. Reichsbank und Reich haben zur Stützung der Großbanken rund 800 Millionen Mark aufgewandt.

Wie die Presse der verschiedensten Richtung zu diesen Vorgängen Stellung nimmt, die wir in Nr. 45 bereits auf Grund von Gerüchten besprochen haben und die wir heute im Wirtschaftsteil genauer beschreiben, scheint uns lehrreich genug, um es hier zusammenzustellen. An dem Einzelfall der Bankenstützung kann man deutlich sehen, mit wie wenig Verstand in Deutschland Wirtschaftspolitik gemacht, begründet und mit Kritik begleitet wird. Die Minister und Redakteure, deren Stimmen wir hier anführen, sind — das sei hier ausdrücklich versichert — nicht schlechter als die „Wirtschaftsführer“, die hinter ihnen stehen

Bankendiktator Dietrich.

Die Bankbilanzen sind in diesem Jahr nicht wie üblich von Großbank-Direktoren der Presse erläutert worden, sondern vom Reichsfinanzminister. Das ist ein äußeres Zeichen für das, was seit dem 13. Juli vor sich gegangen ist. Der Reichsfinanzminister ist verantwortlich für die Verwendung von Reichsmitteln zur Bankenstützung und für die Art der Banken-Sanierung. Er ist also im Grunde verantwortlich für die Geschäftsführung der Banken überhaupt.

Bei der Bankenkrise im Juli haben nach Ansicht DIETRICHS „Schuld und Schicksal zusammengewirkt“. Wen hält er für schuldig? Wen er nicht für schuldig hält, sagte er bei der Presse-Besprechung ausdrücklich, als er begründete, warum Reichsmittel eingesetzt werden, damit die Aktionäre nicht ihr ganzes Vermögen verlieren: „... weil die Krise der Großbanken nicht auf ihre falsche Führung, sondern auf die Nervosität des Auslands, teils auch des Inlands zurückzuführen ist.“

Und worauf war diese Nervosität zurückzuführen? Es ist müßig, zu raten, ob DIETRICH bereits jene Nervosität für „Schicksal“ hält, oder ob er etwa die Nervosität auf die Krise zurückführt und erst in dieser das verhängnisvolle „Schicksal“ sieht. Fest steht: Bankendiktator in Deutschland ist ein Mann, der an wirtschaftliches „Schicksal“ glaubt und also in der Lage ist, jeden Fehler, den er oder einer seiner Bankdirektoren machen wird, nicht sich selber oder ihnen, sondern dem „Schicksal“ aufs Schuldkonto zu buchen.

Die Rechte.

Auch der „Lokal-Anzeiger“ bescheinigt den Bankdirektoren:

„Sie haben schlecht und recht Banken geleitet und ihre Tätigkeit ausgeübt wie üblich.“

„Aber, so wird jeder fragen, irgend etwas, irgendwelche Personen müssen doch für eine solche Finanzkatastrophe verantwortlich sein!“

Die Antwort:
... der Fluch der Reparationen kommt hier zahlenmäßig und fühlbar zum Ausdruck.

Hören wir aus dem Chor der Rechten noch den „Tag“:

„Daß die Banken . . . sehr erhebliche Verluste erlitten, ist die Folge des in den letzten Jahren eingetretenen Kräfteverfalls der deutschen Wirtschaft, und dieser wiederum ist in hohem Maße eine Folge der marxistisch eingestellten Wirtschaftspolitik der Regierung. . . . Schuld bedingt Sühne. . . . Vor allem: die Regierung BRÜNING muß zurücktreten.“

Die Beantwortung der Schuldfrage machen sich diese Redakteure — und ganz ähnlich die hinter ihnen stehenden kapitalistischen Kreise — also sehr leicht: Schuld sind zwei Verbündete: Der Erbfeind und die Marxisten!

Die Reste des „liberalen“ Bürgertums.

Die „Vossische Zeitung“:

„Die Panikstimmung im Ausland, durch die der Run eingeleitet wurde, haben wir stets als sinnlos, ja unwürdig, empfunden.“

Also: Nicht der Zustand, in dem eine Klasse von einer anderen ausgebeutet wird, erscheint diesen Herren unwürdig, — ein Zustand, der unter den gegebenen Umständen zur Krise und damit zur Panik führte, sondern diese Panik selber. Reicht ihr Verstand nicht so weit, etwas zurückzudenken und sich zu fragen, was zur Panik führte? Oder wollen sie ihren Verstand nicht gebrauchen? Wir lassen diese Fragen offen, weil von ihrer Beantwortung für unser Urteil über diese Schreiber nichts abhängt.

Ferner: Nicht das erscheint den Redakteuren der „Voß“ als zum Himmel schreiendes Unrecht, daß zur teilweisen Erhaltung des Vermögens der Großbankaktionäre Reichsmittel eingesetzt werden, während bei kleinen Banken die Einleger große Teile ihrer Einlagen verloren haben und vor allem: während Wohlfahrtserwerbslose wenige Mark in der Woche erhalten. Sie empören sich vielmehr über das Unrecht, das der Danat-Bank zugefügt wurde, und rufen deren Leiter, Herrn GOLDSCHMIDT, wehmütig nach:

„Leider ist es zu spät, um das Unrecht wieder gut zu machen; denn mit dem gestrigen Tage . . . hat die Bank als solche aufgehört zu existieren.“

Die „Frankfurter Zeitung“ findet es „in hohem Maße bedauerlich, daß Reich und Reichsbank einen Schritt tun, der sie weit über ihre Aufgaben hinausführt.“

Sie meint jedoch:

„Er dient zur Stützung und Erhaltung der gesunden Teile der Gesamtwirtschaft weit über den eigentlichen Rahmen der Banken hinaus.“

Wie ist gesichert — fragen wir dazu, — daß der Schritt nicht gerade zur weiteren Stützung der kranken Teile der Gesamtwirtschaft benutzt wird? Und so wieder die Frage: Reicht der Verstand dieser Redakteure nicht so weit, auch danach zu fragen? Oder: Wollen sie nicht danach fragen?

Die SPD.

Auf die Schuldfrage geht der „Vorwärts“ überhaupt nicht ein, vor lauter Freude über die Fügung des Schicksals, durch das

„die hohen Funktionäre des Reiches und der Reichsbank wider Willen zu Vollstreckern einer unvermeidlichen Entwicklung geworden“ sind.

Zwar sind nicht alle Blümenträume der SPD-Politiker gereift.

„Aber trotz alledem ist etwas dabei herausgekommen, was den Einfluß und die Verantwortung des Reiches für das deutsche Bankwesen gewaltig verstärkt hat. Man mag diese Zwischenlösung gemischt-wirtschaftlich oder staatskapitalistisch nennen. Auf jeden Fall werden wir sie nur als einen Uebergang zu neuen Wirtschaftsformen anerkennen, bei denen klarer und eindeutiger die Oberhoheit des Staates als Sachverwalter

der Interessen der Gesamtheit gegenüber den privatkapitalistischen Interessen gesichert wird.“

Der Leitartikel NAPHTALIS schließt, streng entwicklungsgläubig und -freudig:

„Für die Männer, die heute wider ihren Willen die Vollstrecker einer neuen Wirtschaftsentwicklung sind, gilt das Wort: „Du denkst zu schieben, doch du wirst geschoben.“ Für uns Sozialisten gilt es, Macht zu gewinnen, um planmäßig im Einklang mit den Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft die Führung auf dem Wege zur Ueberwindung des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus zu übernehmen.“

Im Wirtschaftsteil des „Vorwärts“ überschlagen sich die Redakteure geradezu vor Freude unter der Ueberschrift: „Eine historische Bankensanierung.“ Im ersten Absatz zweimal das Wort „grandios“! Die beiden einleitenden Sätze wollen wir zur Probe wiedergeben:

„Der 22. Februar 1932 wird in die kapitalistische Wirtschaftsgeschichte als Datum des größten Aktes eingehen, mit dem jemals der Staat in die Wirtschaft eingegriffen hat. Außerlich ein grandioser Akt der Verlustbereinigung, ist der 22. Februar zugleich ein Tag der allerstärksten Ausdehnung des Staates in der Wirtschaft.“

Die KPD.

Im Gegensatz zum „Vorwärts“, der in Fettdruck feststellt, das „große Werk“ werde „sicher“ in Deutschland Vertrauen erwecken und das Vertrauen des Auslandes stärken, schreibt die „Rote Fahne“:

„Die Riesenverluste der Großbanken, die zweifelsohne großen Verluste des Reiches, die neuen Reichsgelder, die jetzt in die Banken gesteckt werden, rufen eine allgemeine Beunruhigung hervor.“

Die kommunistische Zeitung „Berlin am Morgen“ stellt mit Recht fest:

„Eine solche ‚Sozialisierung‘ ist übelste Subventionswirtschaft und sonst weiter nichts.“

Ihr letzter Satz im Artikel über Bankensanierung ist einfach das Gegenstück zum entsprechenden letzten Satz im „Tag“, wo es heißt:

„Die Regierung BRÜNING muß zurücktreten.“

In der kommunistischen Zeitung lesen wir:

„Am 13. März gibt es darauf eine Antwort: Die Abgabe der Stimme für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.“

Schuld oder Schicksal?

Daß die Bankenkrise im Juli 1931 ausbrach, war eine notwendige Folge der Wirtschaftskrise. An ihr sind also schuld alle, die an der Wirtschaftskrise schuld sind, also alle, die das kapitalistische System verteidigen oder auch nur dulden; wer dazu gehört, ergibt sich aus den eben wiedergegebenen Pressestimmen. — Daß die Bankenkrise im Juli in Deutschland zu einer offenen Panik führte, ist zum Teil Schuld der kapitalistischen Wirtschaftsführer, die um kapitalistischer Interessen willen sowohl allgemein die Krise verschärften, als auch insbesondere zur Behebung der Bankenschwierigkeiten falsche Maßnahmen durchsetzten oder durchführten. Wir haben das im einzelnen in Nr. 6 und 8 des „Funken“ nachgewiesen.

Daß die Banken saniert, wörtlich: gesund gemacht werden mußten, ist richtig. In Bezug auf das Verfahren bei der Sanierung (die Hergabe öffentlicher Mittel, die Einschaltung des Staats in den Kreis der Großaktionäre, Rücksichtnahme auf die Aktionäre der Großbanken) lassen sich vom sozialistischen Standpunkt viele Einwände machen. Sie treten an Bedeutung aber weit zurück hinter dem einen Einwand, den wir hier erheben:

Was DIETRICH unternommen hat, ist nichts als Kurpfuscherei. Es ist ein lächerliches Unterfangen, an einem durch und durch kranken Körper ein einzelnes Organ durch eine Operation gesund machen zu wollen; denn dieses Organ wird nur zu bald von neuem erkranken. Ebenso ist es verkehrt, innerhalb der durch Monopole aller Art schwer, fast tödlich erkrankten deutschen Wirt-

schaft ein einzelnes Organ gesund machen zu wollen. Ja, wie die Dinge liegen, wäre es besser, auch dieses Organ, die Banken, wäre noch krank! Denn das unter großem Aufwand an Mitteln gesund gemachte Organ soll nun dazu benutzt werden, weiterhin Großgrund-eigentümer und Schwerindustrielle zu stützen, und also, notwendige Operationen am Wirtschaftskörper weiterhin zu verhindern. Nur eine Bankensanierung, die gleichzeitig mit der Bereinigung jener Krankheitsherde erfolgt, wäre eine Sanierung, die auch Sozialisten begrüßen könnten.

Die Bankensanierung vom 22. Februar ermöglicht es der herrschenden Klasse, nach der alten Methode weiter zu wirtschaften und weiter zu herrschen. Daß sie erfolgt ist, auch das ist nicht Schicksal, sondern wiederum Schuld, Schuld nicht nur derer, die offen im kapitalistischen Lager stehen, Schuld auch vieler Sozialisten, — nämlich all derer, die, verblendet durch ihre kollektivistische Theorie, schon daran — wie jene „Vorwärts“-Redakteure — eine Freude haben, daß der Staat in das Bankwesen eingreift, ohne sich zu fragen, welcher Staat eingreift und zu wessen Gunsten er eingreift.

Die herrschende Klasse hat es verstanden, bisher die Krisenfolgen von sich, soweit irgend möglich, abzuhalten. Sie wird diese Politik fortsetzen — die Bankensanierung ist ein Mittel dazu —, solange sie die herrschende Klasse ist.

Erwerbslosenunruhen in England.

Bei einer großen Arbeitslosenkundgebung in Bristol, an der 6000 Personen teilnahmen, kam es zu ersten Zusammenstößen mit der Polizei. 30 Menschen, darunter ein Polizeioffizier und eine Frau, wurden verwundet. Die Menge trieb die Polizisten, die die Erwerbslosen an dem Marsch zum Rathaus hindern wollten, zurück, so daß diese ihre Knüttel anwenden mußten, wobei heftige Kämpfe um die mitgebrachten roten Fahnen entstanden.

In Liverpool mußte die Polizei gegen Erwerbslose vorgehen, die die Verhaftung von 21 Personen verhindern wollten.

Im Anschluß an eine große Kundgebung im Londoner Hyde-Park kam es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Erwerbslosen und der Polizei. Die Menge versuchte, zum Platz vor dem Parlament vorzudringen. Auf ein Raketen-signal hin erschien plötzlich eine Anzahl von Detektiven, berittene und sonstige Polizei und vertrieb die Menge, die es aber erreichte, daß eine Abordnung von acht Arbeitslosen im Unterhaus vorgelassen wurde, wo sie Besprechungen mit dem Führer der Opposition, LANSBURY, und dem sozialistischen Abgeordneten BUCHANAN hatte.

Böttcher erklärt seinen Rücktritt.

g. Memel, 23. Februar.

Präsident BÖTTCHER hat am Dienstag an Gouverneur MERKYS folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Verhandlungen des Völkerbundesrates haben ergeben, daß es noch Monate dauern kann, bis eine Entscheidung darüber fällt, ob der Gouverneur das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums abzuberufen oder nicht. Es liegt im Interesse des Memelgebietes, daß möglichst bald wieder ein dem Statut entsprechendes Direktorium in Tätigkeit tritt. Um mit meiner Person kein Hindernis für etwaige Verhandlungen der Mehrheitsparteien über ein neues Direktorium zu bilden, erkläre ich, daß ich mein Amt als Präsident des Direktoriums hiermit niederlege.“
gez. BÖTTCHER.“

Politische Amnestie in Argentinien.

h. Buenos Aires, 23. Februar.

Der neue argentinische Präsident JUSTO hat den seit September 1930 in Kraft befindlichen Belagerungszustand aufgehoben. Ueber 1000 politische Gefangene wurden begnadigt und wieder auf freien Fuß gesetzt.

WAHN-EUROPA 1934. VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berl'n.

(46. Fortsetzung.)

Mit bleichen und verhärteten Gesichtszügen betritt Brandt den Sitzungsraum. Schweigend läßt er den erregten und pathetischen Wortschwall und Händedrucke über sich ergehen. Mit leisem Drohen wirft er nur gelassen die Worte hin: „Das nächste Mal kommen die Schüsse vielleicht aus Arbeiterpistolen!“

Es dauert geraume Zeit, bis Herr Lamoine, wie ein guter Hirte, die ungleiche Mannerschar um den Hufeisentisch gruppiert. Er hat jovial Saint Brice auf den rechten, Brandt auf den linken Stuhl neben sich gezogen. Gegenüber sitzt der Generalstabschef Audinot mit unbeweglichem Gesicht, neben ihm der Kriegsminister Humette mit erregt hüpfendem Schnurrbart. In seinen Einleitungsworten beklagt der Präsident noch einmal das unselige Attentat und preist die Wege der Vorsehung, die einen schlimmen Ausgang vereitelte. Seine Rede zipfelte endlich nach Art eines gewandten Vereinsvorsitzenden, der die verzankten Mitglieder an die geheiligten Vereinsstatuten erinnert, in einem dreifachen Appell: Würde, Pflicht, Einigkeit. Dann noch dreimal: Einigkeit.

Saint Brice hat seine große Rede begonnen. Der joviale Präsident hat die Tafelrunde mit verschönlischem Öl gesalbt; die kühle Verstandeskraft des kultivierten Aristokraten zerschneidet sofort wieder die Atmosphäre der Gefühle. Da steht wieder, von meisterlicher Dialektik aufgetürmt, die Mauer, die kein Gegenbeweis erschüttern kann. . . . Italien mobilisiert! Herr Capponi scheut sich nicht, durch Versammlung seiner Luftflotte den Stein ins Rollen zu bringen. Wir werden mit denselben Waffen antworten! Der entschlossene Aufmarsch der französischen Luftstreitkräfte wird genügen, die moralische Waagschale wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Zugleich ist dieser Aufmarsch der unerläßliche Schutz, den unser Volk einem kaltblütigen Feind gegenüber mit Recht erwartet. Meine Herren, Italien mobilisiert!“

Jetzt erhebt sich Brandt. Alle Augen bohren sich in sein steinhartes Gesicht. Mit halblauter, gleichmütiger Stimme beginnt er:

„Italien mobilisiert? Möglich, daß die Meldung unsres Botschafters den Tatsachen entspricht, jedenfalls läge sie durchaus in der Richtung einer Politik, die sich in Europa ‚zwangsläufig‘ zu nennen beliebt. Aber solche Zwangsläufigkeit, meine Herren, müßte, geschähe kein Wunder, zur Zerstümmerung Frankreichs, Italiens und Südslawiens führen, sofern nicht noch andere Mächte sich an dem orgältlichen Spiel beteiligen sollten. Italien — heißt es — mobilisiert. Frankreich wird nicht mobilisieren!“ Er schweigt. Durch die Versammlung ging ein jäher Ruck. Saint Brice war schon im Begriff, sich zu erheben und den letzten Satz ungültig zu machen; aber die beschwichtigende Hand des Präsidenten hielt ihn stumm bleiben.

„Ich traue Ihnen hinreichende Phantasie zu, meine Herren“, fährt Brandt nüchtern fort, „so daß ich Ihnen kein Schreckensgemälde eines kommenden Krieges aufzurollen brauche. Ob einem Volk diese Grauen zugemutet werden dürfen, muß jeder mit seinem Gewissen oder seiner Gewissenlosigkeit entscheiden. Aber das eine steht fest: jedes Volk wird heute und in Zukunft unerbittliche Rechenschaft fordern! In und nach früheren Kriegen wurde das leider versäumt! An dieser Versäumnis krankt heute Europa! — Jawohl, meine Herren, es geht in der Tat um Sein oder Untergang Frankreichs!“ Brandts Stimme gewinnt unversehens an Härte. „Nicht ob Italien sich in Albanien eine Kolonie schafft, berührt die Wurzel unserer völkischen Existenz, höchstens unsere Geschäftsinteressen und unsere Machtinstinkte berührt diese Tatsache; unsere Schicksalsfrage lautet anders: sollen wir einen in unverantwortlicher Weise auf die Spitze getriebenen Fall zum Anlaß wählen, Selbstmord zu begehen? Gleichgültig, ob ein Krieg schon in den ersten Stunden oder erst später durch Revolution und Anarchie beendet wird — die französische Nation wäre in jedem Falle als lebendiger Organismus erledigt. Der sabotierte Krieg setzt sich zunächst fort als Herrschaft eines Mordpöbels. Auf den Trümmern wird hierauf der Bolschewismus sich zu organisieren versuchen. Aber auch der Bolschewismus kann nicht leben ohne organisierte Arbeit. Kein Volk Europas könnte nach einem Krieg aus eigener Kraft Arbeit und damit die Existenz organisieren! Es würden

also die Hyänen der amerikanischen Hochfinanz die Trümmerwüsten in Europa abschätzen, ob es überhaupt noch lohnt, diese kläglichsten Reste zu finanzieren. Sollten sich die Hyänen dennoch Geschäftsgewinn versprechen, dann werden sie den Verhungerten vielleicht ein paar Milliarden gegen guten Zins leihen. Nicht zehn Generationen arbeiten Schuld und Zinsen ab! So wie seit dem letzten Weltkrieg die Völker Europas, die immer so stolz von ihrer Souveränität reden, schon heute nichts anderes sind als verkappte Kolonien und Sklavengebiete von fünfzehnhundert Weltherren! Dieses Schicksal von Frankreich, von Europa abwenden zu helfen, gehört zu meinen Lebensaufgaben.“

Zwanzig Augenpaare umkreisen den Redner. Keiner lächelt. Man hört ihre gespannten Atemzüge.

„Ich spreche von diesen sehr nüchternen Dingen, meine Herren, weil ich weiß, daß heute mit Hinweisen auf Geld besser zu argumentieren ist als mit ethischen Grundsätzen. — Ich habe heute dem südslawischen Gesandten mitgeteilt, daß der Bündnisfall nicht vorliegt, daß ich jede Unterstützung ablehne, wenn Belgrad nicht kurzentschlossen sein Detachement aus dem albanischen Grenzzipfel herauszieht. Ich habe ferner den deutschen Botschafter dringend gebeten, seine Regierung zu bewegen, sofort den Boykott gegen jenes Land zu eröffnen, das zuerst mobil macht oder den Krieg erklärt. Ich habe dem Deutschen ferner versprochen, meine Kraft dafür einzusetzen, daß Frankreich das deutsche Volk aus den materiellen und ideellen Verpflichtungen eines Vertrages entläßt, der wie ein Fluch auf Europa lastet und letzten Endes auch die gegenwärtige Situation möglich gemacht hat. Ich sehe Ihre entgeisterten Gesichter, meine Herren, nennen Sie mich ruhig einen Halbfranzosen. Ihr Urteil ändert weder meine Gesinnung noch meine Absichten. Ich bin anmaßend genug zu erklären, daß ich mich von außergewöhnlich starken Kräften getragen weiß! Wenn Sie meine Politik nicht unterstützen, trete ich zwar als Minister ab, aber mein Kampf beginnt dann erst. Ich bin ehrlich genug, mit offenem Visier vor Ihnen zu stehen. Wahrscheinlich fühle ich mich zu dieser Offenheit stark genug! Das französische Volk fordert Frieden, weil es weder überfallen noch vergewaltigt wird. Der Volkswille verpflichtet mich. Ich erfülle meine Pflicht, sei es mit Ihrem Willen, sei es ohne Ihren Willen.“
(Fortsetzung folgt)

Die Sache der Gewerkschaften.

Von Fritz Grob.

Die Präsidentenwahl ist nicht Sache der Gewerkschaften, sondern der Parteien! Dieser Einwand wurde uns gemacht auf unseren Vorschlag, der ADGB solle sich an die Arbeiterparteien wenden wegen der Aufstellung eines Einheitskandidaten der Arbeiterschaft.

Ogleich dieser Einwand in Anbetracht der gegenwärtigen politischen Lage oberflächlich ist, so nehmen wir ihn doch ernst wegen der grundsätzlichen Fragestellung.

Wir sind durchaus der Ansicht, daß die Gewerkschaften z. B. nicht die Aufgabe haben, unmittelbar Regierungen zu stürzen oder Regierungen zu bilden. Das ist Aufgabe der politischen Parteien. Unser Vorschlag entspringt aber der gefährlichen Lage, in der sich die gesamte Arbeiterbewegung befindet, und vor allem die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftszeitungen selber betonen diese Gefährlichkeit dauernd, und zwar zitieren sie dazu nicht nur die Nazi-Presse, sondern z. B. auch die Arbeitgeber-Presse: „Die Lebensfrage des deutschen Volkes ist die Ausschaltung der Gewerkschaften aus dem öffentlichen Leben.“ („Deutsche Bergwerkszeitung.“)

Die freigewerkschaftliche „Holzarbeiterzeitung“ faßt ihr Urteil über die politische Lage zusammen:

„Alle diese Äußerungen sind eindeutig und beweisen, um was der Kampf geht, der in den nächsten Wochen so oder so zur Entscheidung kommen soll. Nämlich um Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften.“

Die Gewerkschaften stehen also vor einem Kampf um ihre Existenzberechtigung. Dieser Kampf verpflichtet sie, jedes geeignete Mittel, das die Gefahr bannt, anzuwenden.

Daß wir mit dieser Ansicht im Recht sind, beweist die Geschichte der Gewerkschaften selber (z. B. beim KAPP-Putsch und anlässlich des RATHENAU-Mordes 1922). Damals tagte gerade der Leipziger Gewerkschaftskongreß. Er stimmte durch stürmischen Beifall dieser Erklärung des Kongreß-Präsidiums zu:

„Weil der Kampf der . . . Reaktionäre zugleich ein Kampf gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse, ein Kampf gegen die gesamte Arbeiterbewegung ist, ruft der Kongreß die gesamte Arbeiterschaft auf, von ihrer Selbstzerfleischung im politischen Meinungsstreit jetzt abzulassen, einmütig alle Kräfte zur Niederkämpfung der Reaktion zusammenzufassen. Der Kongreß empfiehlt der gesamten Arbeitnehmerschaft, diesen ihren einmütigen Willen eindrucksvoll zu bekunden in einer gemeinsamen Arbeitseinstellung am kommenden Dienstagmorgens und Veranstaltung machtvoller Kundgebungen an diesem Tage.“

Der Kongreß beauftragt weiter den Bundesvorstand, gemeinsam mit den sozialistischen Parteien wirksame Maßnahmen vorzubereiten, deren Ziel sein muß: Die Sicherung der Republik und der Rechte der Arbeiter gegen jeden reaktionären Angriff durch Säuberung der Regierungsstellen und öffentlicher Ämter einschließlich der Richterstellen von allen Elementen, die sich nicht rückhaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen.“

Und der von allen im Aufruf genannten Organisationen unterzeichnete Aufruf begann:

„Der Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hat in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses sich mit dem Vorstand des AFA-Bundes und den drei politischen Arbeiterparteien in Verbindung gesetzt. In gemeinschaftlichen Beratungen sind von den Unterzeichnern die folgenden Forderungen beschlossen worden . . .“

„Müssen wir noch betonen, daß heute alles viel ungünstiger für die Arbeiter liegt und daß wir eine organisierte Massenbewegung der Reaktion haben wie damals noch nicht, und eine von Mißerfolgen und Zersplitterung gelähmte Arbeiterklasse?“

Madrid im Frühling.

Von Hermann Platiel.

Nicht nur in Deutschland, auch in Spanien spricht man gern vom Wetter. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Madrider am frühen Morgen nach dem Gruß und dem üblichen „Wie gehts?“ das Gespräch schnellstens auf die Kälte bringen, die in diesem Winter den Spaniern besonders zusetzt. Zwar schwankt die Temperatur nur wenige Grad um Null, aber selbst auf solche Temperaturen ist man in Madrid nicht eingestellt. Wer nicht in modernen Häusern mit Zentralheizung wohnt — und wer außer Fabrik- und Großgrundbesitzern wohnt in solchen Häusern? — dem bleibt nur der Petroleumofen; denn im allgemeinen haben nur die Küchen einen Ofen mit Kohlenheizung. Manche Menschen heizen ihr Zimmer durch Holzkohlenglut, die sich in einer Art Schüssel befindet. Man kann morgens öfter solche Schüsseln am Rande des Gehsteigs antreffen. Sie werden hier angeheizt und, wenn die Rauchentwicklung aufgehört hat, in die Stube gestellt. Unter der Kälte leiden am meisten die Händler, die sich in Massen auf den Straßen befinden. Aber auch sie wissen sich zu helfen: Eine alle Waschkübel, eine Heringsblüchse oder ein Wasserkübel dient als Feuerbehälter, der für Hände und Füße Wärme spendet. Manchmal, besonders wenn Kinder dabei sind und das Feuer unterhalten, sieht man auch richtige Lagerfeuer, um die eine ganze Schar Händlerinnen und Kinder steht. Wer aus Deutschland kommt, wartet ängstlich auf das Einschreiten eines Schutzmanns, aber man kann mit Erstaunen erleben, daß ein Ordnungshüter mit blauer Nase und klappernden Zähnen ans Lagerfeuer tritt und an der Unterhaltung lebhaften Anteil nimmt.

Wer einen sonnigen Platz hat, braucht diese Feuerchen nicht lange. Die Sonne steigt rasch empor und lockt die Menschen in Scharen aus den Häusern. An den sonnenbeschienebenen Häuserfronten finden sich bald Gruppen von Kindern zusammen, die das unvermeidliche Diabolo spielen oder sich bulgend auf der Straße wälzen. Die Frauen kommen mit Stühlen angertückt und beginnen ihre Gespräche, deren Inhalt selten Dinge betrifft, die sich außerhalb der lieben Nachbar-

Der erwähnte Einwand kann nur aufrechterhalten werden von jemandem, der die Bedeutung dieser Präsidentenwahl in der gegenwärtigen Lage für die Abwehr der Gefahren völlig verkennt. Wir glauben auch, daß es viel weniger mangelnde Einsicht in die Gefährlichkeit der Lage ist als das Sträuben, an Stelle des Zusammengehens mit dem Bürgertum eine Klassenpolitik der Arbeiter zu setzen.

Gewerkschaften und SPD glaubten in den zehn Jahren seit dem RATHENAU-Mord mit der Reaktion dadurch fertig zu werden, daß sie mit dem Bürgertum in enger Gemeinschaft Politik machten. Sie glaubten immer wieder, einem entschiedenen Kampf ausweichen zu können, indem sie den Forderungen gewisser Teile des Bürgertums nachgaben. SPD und Gewerkschaften wußten, daß die Aufnahme eines entschiedenen Kampfes den Bruch mit dem Bürgertum herbeigeführt hätte. Aus allen Niederlagen ihrer Strategie lernten sie nichts. Position um Position gaben sie kampflös preis, immer noch damit rechnend, um den Kampf herumzukommen.

Diese Gefährdung der Existenz der Gewerkschaften mußte bei einer solchen Politik herauskommen, die auf die Kräfte der Ausbeuterklasse vertraute und diesen zuliebe die Klassenkräfte der Arbeiterschaft mißachtete, und so den kraftvollen Mutterboden einer sozialistischen Politik unfruchtbar ließ.

Mit dieser Darstellung ist die Bedeutung gekennzeichnet, die die Wendung hat, die von den Gewerkschaften und der SP gemacht werden muß, wenn sie das Mindestmaß

Neutralität, wie sie sein soll.

Der Schriftleiter des „Freien Angestellten“ erklärte in einer Mitgliederversammlung des ZdA in Hannover:

„ . . . Die Gewerkschaft kann zu keiner Zeit politisch neutral sein. Was die Gewerkschaften sein müssen, und das steht auch nur in den Satzungen, ist parteipolitische Neutralität, das heißt, sie hat nicht das Recht, ein parteipolitisches Bekenntnis zu verlangen. Sie hat nur das Recht, zu verlangen, daß derjenige, der der Gewerkschaft beiträgt, auf dem Boden der Gewerkschaft steht, zu dem Programm und für die Gewerkschaften arbeitet.“

Die Gewerkschaft, die ihre Mitglieder zu ganz bestimmten parteipolitischen Bindungen verpflichtet, eine solche Gewerkschaft trägt den Keim der Zerstörung in sich. Was aber sein muß, ist, daß sich die Gewerkschaften mit dem politischen Geschehen weitestgehend beschäftigen, schon zu normalen Zeiten, denn auch zu normalen Zeiten nützt uns nichts unser ganzer Wirtschaftskampf, wenn wir nicht Einfluß nehmen können auf die Stadt-, Landes- und Reichsparlamente. Aber nun gar erst heute, wo von der politischen Konstellation Sein und Nichtsein der ganzen klassenbewußten Arbeiterschaft abhängt.“

Dies ist völlig richtig. Und deshalb verurteilen wir so scharf die einseitige Geltung des SPD-Einflusses auf die Gewerkschaften, den Versuch, die Beherrschung des Gewerkschaftsapparates seitens der SPD auszunutzen zur Rekrutierung für diese Partei.

Festgesetzte Bierpreissenkung nicht durchgeführt.

h Berlin, 23. Februar.

Der Polizeipräsident teilt mit: Auf Grund der den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten in Berlin erteilten Ermächtigungen, wird im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Härten und im Hinblick auf die schwebenden Erörterungen wegen Senkung der Biersteuer für den Bezirk der Polizeiverwaltung Berlin von der

schaft zutragen. Die Männer finden sich an anderen sonnigen Plätzchen zusammen, und es wäre ungerecht, behaupten zu wollen, daß ihre Gespräche im wesentlichen an Tiefsinn jenseits der Frauen übertrafen. Stundenlang stehen oder sitzen sie da, die Hände in den Hosentaschen, die Zigarette im Mund und warten auf den nächsten Tag. Auf der Sonnenseite der Plätze, besonders an der Puerta del Sol (Sonnenort) stehen die Menschen massenhaft umher, meist ärmlich gekleidete Arbeitslose, die die Nacht in irgendeinem kalten Winkel verbracht haben und nun mit Wonne sich die erfrorenen Glieder auftauen lassen.

Auf den Stufen von Gebäuden kann man schlafende, zerlumpte Gestalten sehen, manchmal alle verhüllte Mütterchen oder Männer mit struppigen Bärten und wirren Haaren. Wo mögen sie die Nacht über gewesen sein? In welchem Winkel mögen sie Schutz vor dem kalten Wind gesucht haben? Und jetzt sind die müden, brennenden Augen, die das helle Licht des Tages kaum mehr ertragen konnten, zugefallen. Wie wohl ausgeruht sieht dagegen der vornehme Herr da aus, den Mantel mit rotem Samtfutter stolz um die Schulter geschlungen, den Blick geradeaus gerichtet! Vielleicht gehört er zu jenen Schmarotzern, für die tausende von Landarbeitern in Extremadura oder Andalusien in dreieckigen Löchern hausen und um Hungerlöhne ruhelos arbeiten? Dann tut er freilich gut daran, nicht zur Seite zu sehen denn; dort liegen seine Opfer.

Am Nachmittag wird die Kraft der Sonne schon so groß, daß man den Mantel auszieht und den Hut in den Nacken schiebt. Die Kaffeehäuser stellen Tische und Stühle auf den Gehsteig und locken die Spaziergänger mit den neuesten Schlagern an, die ein Grammophon mit Lautverstärker von sich gibt. Meist besteht das Publikum nur aus Zaungästen, die andächtig den Klängen lauschen und offenbar bestrebt sind, die Schlagermelodie möglichst schnell zu lernen. In kurzer Zeit wird man sie überall hören.

Vornehme, überaus vornehme Autos fahren in großer Zahl hinaus in die Umgebung Madrids. Die Insassen, meist Damen mit ernsten und strengen Gesichtern, lehnen blasiert in den Polstern. Ihre hohe gesellschaftliche Stellung duldet kein plebejisches Lächeln. Vielleicht ist ihnen auch das Lächeln infolge der Ereignisse in Spanien vergangen. Die warme Sonne, der blaue Himmel und die Palmen interessieren sie nicht. Es

an Sicherheit für die Existenz der Gewerkschaften erreichen wollen: Es ist das Ablassen von der Politik der Volksgemeinschaft und das Hinwenden zur Politik des Klassenkampfes.

Daß sich die reformistischen Arbeiterführer gegen diese Einsicht sträuben, ist verständlich, denn sie bedeutet das Eingeständnis des völligen Bankrotts der Politik und Theorie von Volksstaat und Wirtschaftsdemokratie. Um so deutlicher können die Kollegen ihre eigene Aufgabe erkennen: bei der Ueberwindung solcher Schwierigkeiten zu helfen durch stürmisches Drängen auf Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, z. B. bei der Präsidentenwahl.

Die Präsidentenwahl ist bei aller Schwierigkeit der Lage der Arbeiterklasse günstiger als irgendeine andere Gelegenheit der jüngsten Zeit zur Einleitung einer Klassenpolitik. Nur das rechtzeitige Zustandekommen der Einheitsfront der Arbeiter kann den endgültigen Sieg der Reaktion verhindern. Die faschistische Gefahr besteht im Grunde überhaupt nur, solange die Arbeiterklasse zersplittert bleibt.

Die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten könnte wie ein Zaubermittel wirken, die gelähmten Kräfte des Proletariats neu in Schwung bringen.

Die Gewerkschaften, deren geschworener Gegner der Faschismus ist, haben ein Lebensinteresse daran, die Einheitsfront herzustellen und die politischen Arbeiterparteien bei dieser Sache an einen Tisch zu bringen. Dies, und nur dies mühen wir den Gewerkschaften mit unserem Vorschlag zu, wenn wir sagen: Die Präsidentenwahl ist eure eigene Sache; ergreift die Initiative.

Durchführung der bisher festgesetzten Bierpreissenkung vorläufig Abstand genommen.

Noch vor drei Tagen wurde amtlich erklärt: „Die Verordnung über die Bierpreissenkung bleibt bestehen und wird durchgeführt.“ Inzwischen aber ist die Abstimmung über Mißtrauensanträge gegen die Regierung BRÜNING um drei Tage näher gerückt. Und bei diesen Abstimmungen braucht BRÜNING anscheinend die Unterstützung der Partei der Gastwirte — die dafür bekannt ist, daß sie ihre Sonderinteressen nicht zurückstellt.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bremen: Donnerstag, den 25. Februar, 20.15 Uhr. Verbandshaus der Buchdrucker. Am Wall Nr. 82, I. Thema: Thälmann — Hitler — Hindenburg? Was können wir noch tun für einen Einheitskandidaten der Arbeiterklasse?

Eisenach: Donnerstag, den 25. Februar, um 20.15 Uhr. im Gasthof „Goldener Engel“, Katharinenstraße. Thema: „Arbeiterchaft und Reichspräsidentenwahl.“

Erfurt: Sonnabend, den 27. Februar, 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstr. Thema: Die Lage in China, und die Aufgabe des europäischen Proletariats. Rednerin: Genossin CHIYIN CHIEN aus Shanghai.

Essen: Donnerstag, den 25. Februar, um 20.15 Uhr. im Gasthaus Kulbrock, Beuststr. 49. Thema: Die Stellung des ISK zur Präsidentenwahl.

Göttingen: Freitag, den 26. Februar, um 20.15 Uhr. im Volkshaus, kleiner Saal. Thema: Die Weltkriegsgefahr und die Arbeiterschaft.

Köln: Freitag, den 26. Februar, um 20.15 Uhr, in den Colonia-Sälen, Aachener Str. 5. Thema: Reichspräsidentenwahl und die Aufgabe der Arbeiterschaft.

Freie Aussprache. Eintritt frei.

kommt darauf an, zu zeigen, daß man ein hochmodernes Auto hat, einen Diener in Livree. Besonders in Spanien gibt man außerordentlich viel auf die Repräsentation, natürlich nur in der „Gesellschaft“. Außerlichkeiten werden peinlichst beachtet. Eins ist schwer verständlich: Wer ernährt diese Menschen? Es gibt kaum Fabriken in Madrid. Der Handwerksbetrieb herrscht weit und breit. So gibt es z. B. nur ein großes Kaufhaus. Sonst sind alle Geschäfte mehr oder weniger bescheiden. Mir bleibt nur die eine Lösung: In Madrid sitzen viele Nutznießer des Großgrundbesitzes.

Die Sonne bringt es an den Tag, nämlich das ungemein schroffe Klassenverhältnis im spanischen Volk. Was hier an warmen Tagen ans Licht kriecht, diese große Zahl schlechtgekleideter Menschen, Bettler und Krüppel, verwahrloster Kinder und blinder, humpelnder Greise, das übersteigt das Maß dessen, was schon für Christen hinreichen sollte zur Einsicht, daß hier weniger der göttliche Wille, als vielmehr eine Clique zynischer und brutaler Ausbeuter die Hand im Spiel hat. Spanien wird, wenn es sich von diesen Schmarotzern befreit hat, ein fröhliches und glückliches Land werden.

Der „subjektive Faktor“.

Öffentliche Häuserblock-Versammlung der KP in Bergedorf.

20 Uhr: Der Raum ist leer.
20.25 Uhr: Der Versammlungsleiter, der Redner, eine Frau und ich. Betretenes Schweigen.

20.30 Uhr: Ein KP-Genosse kommt herein. Der Leiter stürmt auf ihn zu: „Mensch, was willst du denn hier? Du sollst doch in die Versammlung in Lohbrügge!“

„Ich? Mir hat keiner was gesagt.“

20.35 Uhr: Ein anderer KP-Genosse kommt. Der Leiter fragt ihn: „Ist es jetzt 20 Uhr?“

„Nein, ich wollte nur mal sehen, was ihr hier macht.“ „Warum kommt niemand aus deiner Zelle? Die Flugblätter habt ihr doch verteilt?“

„Nein, wir haben keine Flugblätter verteilt. Uns hat keiner Bescheid gegeben.“

20.40 Uhr: Ich gehe nach Hause. I. L.

Das Arbeitszeitabkommen im Kohlenbergbau.

m London, 23. Februar.

Im Parlament erklärte der Direktor für den Bergbau, FOOT, am Dienstag, die Regierung stehe dem internationalen Abkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau wohlwollend gegenüber. Einige seiner Bestimmungen würden für die britischen Kohlengruben gewisse Fragen auf, die noch zur Beratung stünden. Sobald diese Punkte klargestellt seien, würde die Regierung das Abkommen ratifizieren, vorausgesetzt, daß die anderen sechs beteiligten Staaten gleichzeitig ratifizierten.

Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die Frage der gleichzeitigen Ratifizierung geklärt sein müsse, ehe die übrigen Schwierigkeiten erörtert werden könnten.

Nur keine Scheinernennung!

p Braunschweig, 23. Februar.

Die Einbürgerung HITLERS soll in der Weise erfolgen, daß er als Beamter der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zugeteilt und mit Sonderaufgaben von der braunschweigischen Regierung beauftragt wird. Mit der Zuteilung zur braunschweigischen Gesandtschaft wäre die Einbürgerung automatisch verbunden. Die Ernennung wird erfolgen, sobald HITLER zustimmt.

Die Besprechung zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten über die Einbürgerung HITLERS hat am Montag stattgefunden. Die Deutschnationalen haben erklärt, daß sie keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Einbürgerung hätten. Sie haben ihre Zustimmung jedoch von der Zusicherung abhängig gemacht, daß es sich bei der Ernennung zum braunschweigischen Beamten nicht um eine Scheinernennung (!) handeln dürfe, daß sie vielmehr darauf bestehen müßten, daß HITLER auch eine aktive Tätigkeit ausüben müsse. Im Verlaufe der Besprechung wurde auf die Überlastung der Gesandtschaftsbeamten hingewiesen, deren Aufgaben sich im Laufe der letzten Jahre so vermehrt hätten, daß die Zuteilung eines weiteren Beamten notwendig geworden sei, worauf man sich dann grundsätzlich auf die Zuteilung HITLERS zur braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin einigte.

Natürlich glauben die Deutschnationalen nicht an eine Entlastung der „überlasteten“ Beamten durch HITLER. Man muß das Geschrei der Deutschnationalen in den Jahren nach dem Kriege, das Geschrei über die sozialdemokratischen „Parteiuchbeamten“, über die Herabwürdigung des qualifizierten Berufsbeamtentums, mit ihrer jetzigen Haltung vergleichen, um zu erkennen, was an moralischem Rückgrat hinter der deutschnationalen Empörung steckt.

Wovon Hitler lebt!

E. Ir. Berlin, 24. Februar.

Die Jugend der SAP hatte für Mittwoch eine Jungarbeiterversammlung einberufen. Es waren etwa 1000 Jungarbeiter erschienen, die vorwiegend der SAP-Jugend und dem Kommunistischen Jugend-Verband (KJV) angehörten. Die Eröffnungsrede des Versammlungsleiters, der die anwesenden KJV-Mitglieder stark angriff, kennzeichnete die Situation: hier SAP, dort KJV. Ueber der Bühne hing ein Transparent: „Für die ‚Klassenfront‘ wählt ERNST THÄLMANN.“ Das Thema der Versammlung war: „Jungarbeiter fordern Klasseneinheit!“

KLAUS ZWELING sprach über zwei Stunden; er schilderte die heutige Lage der Jungarbeiter und zeigte als einzigen Ausweg eine siegreiche proletarische Revolution. Die anwesenden KJV-Mitglieder ließen es bei diesem Teil der Rede mit einigen leicht einzudämmenden Zwischenrufen bewenden, wurden aber bei den weiteren Ausführungen KLAUS ZWELINGS etwas lebendiger. ZWELING hatte die unangenehme Aufgabe, einerseits die Mängel und Fehler

der KP zu zeigen und andererseits die Wahlparole der SAP: „Wählt THÄLMANN!“ zu verteidigen.

Um 22.30 Uhr standen 17 Diskussionsredner auf der Liste. Die Diskussion eröffnete ein Vertreter des LENIN-Bundes. Die Kommunisten hatten wohl erwartet, daß sie selber zuerst zu Worte kämen. Sie riefen im Sprechchor: „Aufhören!“, worauf die SAP-Jugend im Sprechchor antwortete: „Maul halten!“ Es entwickelte sich schließlich eine Schlägerei, und der Schutzbund, das „Reichsbanner“ der SAP, trat in Tätigkeit, um die Ruhestörer zu entfernen. Er bekam dabei Verstärkung durch die Polizei, die mit Hilfe von Gummiknüppeln den Saal räumte.

Diese Versammlung bot das beschämende Beispiel, wie man die Klasseneinheit nicht herstellen kann.

Rechts und links.

H. Lt. Der zweite Staatsanwalt am Landgericht Deggen-dorf (Niederbayern), SCHLUMPRECHT, betätigt sich als nationalsozialistischer Agitator und ist z. B. auch in einer öffentlichen Versammlung der Bayerischen Volkspartei aufgetreten. Der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei, WOHLMUTH, brachte dies bei Beratung des Justizrats im Finanzausschuß des bayerischen Landtags am 18. Februar zur Sprache. Darauf erwiderte der deutschnationale Justizminister GÜRTNER: In Bayern sei es jedem Beamten freigegeben, einer politischen Partei anzugehören und sich politisch zu betätigen. Die Grenzen seien dabei für jeden Staatsbeamten gleich. Der Beamte habe allerdings eine geringere Freiheit, sich politisch zu betätigen als ein anderer Staatsbürger. Die politische Betätigung dieses Staatsanwalts sei der Justizverwaltung bekannt. Man habe SCHLUMPRECHT mitgeteilt, er müsse sich mit Rücksicht auf sein Amt eine gewisse Reserve auferlegen.

Macht Bayern Fortschritte auf dem Wege zur Freiheit? Noch Mitte 1930 hat der bayerische Kultusminister Dr. GOL-LEBERGER erklärt, daß die kommunistische Betätigung von Beamten, auch wenn sie nur ausdienstlich und nicht einmal innerhalb der KP erfolge, „als ein schweres und regelmäßig mit Dienstentlassung zu ahndendes Dienstvergehen zu erachten sei“. (Es handelte sich damals um die erfolgte Entlassung der mit der KP sympathisierenden Lehrerin ELLI MALDAQUE.)

Oder ist der durch die Äußerung GÜRTNERS hervorgerufene Lichtblick in die Freiheit lediglich ein Irrlicht, das nur aufleuchtet, wenn es sich um die politische Betätigung im rechtsradikalen Lager handelt, und das erlischt und tiefster Finsternis Platz macht, wenn die linkspolitische Betätigung von Beamten zur Diskussion steht?

Bestrafte Nazi-Hetzer!

H. St. München, 22. Februar.

Der Schriftleiter der nationalsozialistischen Zeitung „Die Front“, OTTO NIPPOLD, ist am 19. Februar wegen übler Nachrede zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und 14 Tagen verurteilt worden. „Die Front“ hatte, im Anschluß an die Erschießung eines den NS nahestehenden Gastwirts, behauptet: „Der gewissenlosen Hetze, vor allem des ‚Bayerischen Kuriers‘, und des ‚Bayerischen Bauernblattes‘, ist es gelungen, auch den sonst vernünftigen und bedachtsamen deutschen Bauern zum politischen Mord aufzureizen.“ Dies ist das erste Münchener Urteil, das auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zum Schutz der im öffentlichen Leben stehenden Personen ergangen ist.

Paragraph 218.

e Detmold, 20. Februar.

Hier starb dieser Tage eine 22jährige Büroangestellte. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde die Leiche geöffnet, und festgestellt, daß entgegen der Angabe auf dem Totenschein (Lungenentzündung), ein verbotener Eingriff vorgenommen worden war, der eine Blutvergiftung zur Folge hatte. Weiter wurde ermittelt, daß der Eingriff von einem

Dr. THUNERT ausgeführt worden ist. Diesem Arzt, der vor einigen Jahren wegen Verbrechens gegen § 218 zu einer Zuchthausstrafe verurteilt wurde, werden noch mehrere ähnliche Vergehen zur Last gelegt. Dr. THUNERT, der sich als Sozialdemokrat seit Jahren für die Aufhebung des § 218 in Lippe einsetzte, wurde verhaftet.

Lichtstreik beschlossen

k Hamburg, 23. Februar.

In einer Massenversammlung des hamburgischen Einzelhandels wurde beschlossen, ab Donnerstag in den Lichtstreik zu treten. Die Strompreise der hamburgischen Elektrizitätswerke für gewerbliches Licht seien untragbar und der Kleinabnehmer werde infolge der Tarifstaffelung gegenüber dem Großabnehmer steuerlich erheblich benachteiligt.

Der Lichtstreik soll so durchgeführt werden, daß jede Außenbeleuchtung unterbleibt. Die Schaufenster sollen am Donnerstag gar nicht, dann nur bis 19 Uhr mit etwa einem Viertel der üblichen Stärke beleuchtet werden. Die Innenbeleuchtung soll nach Möglichkeit auf etwa ein Viertel der üblichen Stärke beschränkt werden.

Verkehr in Berlin.

h Berlin, 22. Februar.

Am Sonntag beförderte die Straßenbahn 1 083 000, der Omnibus 264 000 und die U-Bahn 564 000 Fahrgäste; insgesamt also 1 911 000 Fahrgäste.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 25. Februar.

Breslau:

22.50 Jos. TREUTIER: Aus dem Aufgabengebiet der Arbeiter-Esperantisten.

Königs wusterhausen:

19.00 Stunde des Landwirts: VON RICHTHOFEN: Wie kann die Frühjahrsbestellung verbilligt werden?

Langenberg:

19.30 Dr. Jost: Vierte Notverordnung und Wohnungswirtschaft.

Leipzig:

14.00 K. RAASCH: Arbeitslosigkeit und Absatzgestaltung in der deutschen Wirtschaft (Vergleiche dazu: „Grundfehler der bürgerlichen Krisentheorie und ihre gefährlichen Folgen“ in Nr. 30 des „Funkens“).

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe Berlin Verlag. Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5919. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG

2. HEFT

FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über

Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:

Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:

Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschiert:

England: Die Bilanz von 10 Jahren.
Holland: Das konfessionelle Schulwesen.
Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.
Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt g.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothenhauer

Welmars, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 53 42

Arbeiterkinderhelm

Müden a. d. Oertze, Kr. Cella, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf Tagessatz 1,20 M., Kinder unter 10 Jahren 1.— M.
Ety Gräffe

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST - REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29

Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 9471

druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Imperialisten

nutzen die Schwäche Chinas, um ihr Räuberhandwerk zu rechtfertigen.

Sozialisten

müssen wissen, wo die Ursachen dieser Schwäche liegen und wie man sie beseitigen könnte.

Lest dazu das anerkannt zuverlässige China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde:

4600 Jahre China.

Seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel.

141 Seiten. Mit einer Landkarte und drei Tafeln. Broschiert 3.— M. Ganzleinen 4,50 M.

Das Buch kann bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag. (Postscheckkonto Hannover 60 643.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Briefe aus Dänemark.

Zum jüngst vergangenen Lohnkonflikt.

Die beiden hier wiedergegebenen Briefe stammen von dänischen Esperantisten. Zum Verständnis muß man beachten, daß im Anschluß an England auch Dänemark vom Goldstandard abging. Schon diese Maßnahme läßt eine Senkung der Reallöhne in absehbarer Zeit erwarten. So ist es verständlich, daß dieselben Unternehmer sich mit einer Verlängerung der alten Tarife einverstanden erklärten, die zu vor erhebliche Lohnkürzungen gefordert hatten. Man muß dies berücksichtigen, um zu beurteilen, wieweit hier ein Erfolg der Gewerkschaften vorliegt. Daß es ein Erfolg war, läßt sich natürlich nicht bestreiten. Er ist angesichts der guten Organisiertheit der Arbeiter auch verständlich.

Die Lage der Arbeiter.

98 Prozent der Industriearbeiter Dänemarks, fast 350 000 Menschen, sind in den Gewerkschaften organisiert; davon sind, nach den offiziellen Zahlen, 142 000 erwerbslos!

Ein Erwerbsloser mit Frau erhält Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 28 dänischen Kronen (1 Krone = 80 Pf.) die Woche und 1/4 Krone pro Tag für jedes Kind, diesen Zuschuß über höchstens für vier Kinder. Unverheiratete Erwerbslose erhalten 18 Kronen die Woche. Die Unterstützung wird höchstens 70 Tage lang gezahlt. Später erhalten die Arbeitslosen als Krisenhilfe ein Drittel der genannten Beträge. Wenn auch diese Krisenhilfe aufhört, wird nur noch Armenhilfe in Höhe von fünf Kronen die Woche gezahlt.

Ausgesperrte erhalten ebensoviel wie Erwerbslose, wenn die Organisation genügend Geld zu solcher Unterstützung hat.

Die Lage der Arbeiter ist schlecht, da ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder dauernd arbeitslos ist. Ihr könnt glauben, daß ihre Lebensbedingungen ärmlich sind, und daß auf die Arbeiterschaft nicht zutrifft, was oft Ausländer von Dänemark sagen: „In diesem Lande fließt Milch und Honig.“ Die Gewerkschaften sind stark, aber leider benutzen sie ihre Stärke nicht zu Kämpfen gegen unsere Ausbauer. Das verdanken wir den sozialdemokratischen Führern.

Eben höre ich im Radio, daß die Aussperrung nicht stattfindet und daß der Tarifvertrag zu den alten Bedingungen für ein Jahr verlängert wird, obwohl die dänische Krone sehr im Wert gefallen ist.

Lars Borg.

Der Arbeitskonflikt.

Schon im vergangenen Jahre drohte hier ein Konflikt zwischen Unternehmern und Arbeitern: die Unternehmer forderten damals gewaltige Lohnkürzungen, die die Arbeiter begreiflicher Weise nicht annahmen.

Tardieus Regierungserklärung.

Paris, 23. Februar.

Das Kabinett TARDIEU stellte sich heute der Kammer und dem Senat vor. Die Regierungserklärung TARDIEUS bezieht sich im wesentlichen auf außenpolitische Fragen.

In der Reparationsfrage fordert die Regierung das Festhalten an den abgeschlossenen Verträgen.

Die Regierung stellt sich hinter den Abrüstungsvorschlag TARDIEUS.

In den Kampf um die Wahlreform will die Regierung sich nicht einmischen.

Aussprache über die Regierungserklärung.

Paris, 23. Februar.

In der Kammer kritisierte nach Verlesung der Regierungserklärung der Kommunist CACHIN die Zusammensetzung des Kabinetts und seine Politik, der er die Vorzüge der Räteregierung gegenüberstellte. Der Sozialist RENAUDER bedauerte, daß TARDIEU die Bildung eines Kabinetts der Verständigung unter PAINLEVE hintertrieben habe. Er kritisierte

Der Konflikt wurde schließlich durch außergewöhnliche Maßnahmen beendet. Z. B. wurden in mehreren Gewerkschaften — entgegen dem Statut — bis zu drei Abstimmungen über das ganze Land hin vorgenommen, bis schließlich die Lohnkürzungen angenommen wurden. In einigen Berufsgruppen erhielten die Arbeiter dafür kleine Sommerferien, deren Kosten sie selber trugen.

Im Frühjahr laufen viele Tarifverträge ab. Die Mehrheit der Arbeiterschaft verlangte wegen der gegenwärtigen Währungsfrage eine Lohnerhöhung. Trotzdem waren einige kleinere Berufsgruppen einverstanden mit der Verlängerung der alten Verträge um ein Jahr. Schon verhandelten die anderen Verbände auf derselben Grundlage, da forderten die Unternehmer plötzlich eine Lohnkürzung von 20 Prozent. Weiteren Verhandlungen war damit die Grundlage entzogen. Unser anerkanntester Volkswirtschaftler, Professor BIRCH, meint, daß in Wahrheit die größten Unternehmungen, wie die Werft BURMEISTER & WAM, eine längere Atempause wünschten. Denn sie beschäftigen nur noch ein Drittel ihrer Arbeiter — eine kostspielige Sache für sie. Während der Arbeitspause wollen die Unternehmer angeblich Aufträge abwarten. Die Arbeiter betrachten alles dies als ein bloßes Manöver, das verhindern soll, daß die Arbeiter Lohnerhöhungen verlangen. Unter den von der Lohnkürzung bedrohten Gewerkschaften waren einige der größten: der „Verband der ungelerten Arbeiter“, der „Bund der Eisenbahner und Maschinisten“, die „Vereinigung der Arbeiterinnen“ und viele andere — im ganzen 31 Gewerkschaften mit 85- bis 90 000 Mitgliedern. Nun hat Staatsminister STAUNING in den Konflikt eingegriffen. Eine Reihe Verhandlungen mit beiden Parteien führten zu dem Resultat einer Einigung; die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Die Unternehmer ließen die Forderung einer Lohnkürzung fallen und schlugen nun die Verlängerung der alten Abkommen um ein Jahr vor.

Die Arbeiterführer hatten nur eine Frist von fünf Tagen, um zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen. In einer so kurzen Frist konnte selbstverständlich keine Abstimmung in der Mitgliedschaft vorgenommen werden. Die Arbeiterführer gaben dennoch dem Schlichter am 15. Februar eine Antwort der Arbeiter-Organisationen, die den Vorschlag der Arbeitgeber, die alten Abkommen um ein Jahr zu verlängern, gutieß. So wurde der drohende Konflikt beseitigt. Es ist selbstverständlich zu früh, schon zu beurteilen, was dabei herausgekommen ist.

H. Nielsen.

Arbeitslosigkeit in Dänemark.

Kopenhagen, 23. Februar.

Die Zahl der dänischen Arbeitslosen ist in der letzten Woche um mehr als 3000 auf fast 150 000 gestiegen.

erteilte dann den französischen Abrüstungsvorschlag in Genf, der auf eine Erhöhung der Rüstungen hinauslaufe. Der Völkerbund habe eine moralische Unterstützung nötig. Auch der Radikalsozialist BERGERY nahm gegen TARDIEUS Genfer Vorschlag Stellung. Die These, die TARDIEU im Namen der Regierung verteidigt habe, decke sich mit derjenigen MAGNOTS, sie heiße „Keine Abrüstung ohne Sicherheitsbürgschaft“. Der Plan enthalte keinerlei Vorschläge darüber, wie sich die Abrüstung gestalten solle. TARDIEU habe außerdem versäumt, zu betonen, daß mit der Schaffung der internationalen Streitkraft die nationalen Heere verschwinden müßten.

Nach Abschluß der allgemeinen Aussprache ergriff Ministerpräsident TARDIEU das Wort. Er ging noch einmal kurz auf das Reparationsproblem ein und sagte, daß es Dinge gebe, die man nicht gern anfangen, weil man nicht wisse, wo sie enden würden. Er bedauerte, auf die Einwände des Abgeordneten BERGERY in bezug auf die französischen Abrüstungspläne nicht mit aller Ausführlichkeit eingehen zu können, da der Zeitpunkt dafür im Augenblick noch nicht gegeben sei. Er werde die notwendigen Erklärungen dazu bereits in den nächsten Tagen in Genf selber abgeben. In Genf sei Frank-

Andererseits aber ist dieser fremde Kapitalismus immer noch in hervorragendem Maße an der Entwicklung der Industrie in China selber beteiligt. Durch die verschiedenen Ausnahmerechte, die sich die Fremden zu sichern wußten, haben die fremden Unternehmungen gegenüber den einheimischen einen ungeheuren Vorsprung. Wir erwähnen hier nur die Tatsache völliger Steuerfreiheit der Ausländer und ihrer Unternehmungen in China.

Wenn trotz dieser Begünstigung der fremden Konkurrenz, trotz der überlegenen Finanzmacht der fremden Kapitalisten, in China eine einheimische Industrie und eine einheimische Kapitalistenklasse heranwächst, so ist dies einmal auf die gewaltige wirtschaftliche Kraft zurückzuführen, die dieses Land mit seiner arbeitsamen 450-Millionen-Bevölkerung darstellt; zum anderen deutet es aber auf die großen Möglichkeiten hin, die für die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft bei einer Reservearmee von etwa 15 Millionen gegeben sind.

Jahr	Wert der Einfuhr in Mill. Hk.-Taelen	Wert der Ausfuhr in Mill. Hk.-Taelen	Überschuß der Ein- bzw. Ausfuhr (+) in Mill. Hk.-Taelen
1864	51,8	54,0	+ 2,7
1870	69,3	61,7	— 7,6
1890	127,1	87,1	— 40,0
1905	447,1	227,9	— 219,2
1918	570,2	403,3	— 166,9
1919	647,0	680,8	— 16,2
1921	906,1	601,8	— 304,8
1926	1 124,2	864,8	— 259,9
1927	1 012,9	918,6	— 94,3

b) Die Lage des chinesischen Proletariats.

ALBERT THOMAS, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, hat kürzlich den Bericht über seine Ostasienreise (Winter 1928/29) fertiggestellt. Bei aller Zurückhaltung, die von dieser Seite zu erwarten ist, spricht aus jeder Zeile das Elend der Arbeiterschaft in den asiatischen Ländern. THOMAS schreibt:

„Die Arbeitsbedingungen in China schreien nach ernsthaften Schutzmaßnahmen. Wir haben in den Spinnereien von Hankau die Nachtschichten zur Arbeit gehen sehen: Ein langer düsterer Zug von Frauen und Kindern, oft von unter 14 Jahren. Wir haben in Schanghai, in der Stickluftatmosphäre einer Seidenspinnerei ganz junge Kinder von

reich das einzige Land gewesen, das sich bereit erklärt hat, schon für das kommende Jahr eine Rüstungseinschränkung durchzuführen. Frankreich konnte aber noch keine konkreten Abrüstungsvorschläge unterbreiten. Denn erst dann, wenn jedes Land das Material bekanntgegeben hätte, daß es gewillt sei, dem Völkerbund zu unterstellen, werde man die Stärke des Völkerbundes abschätzen und die Rüstungseinschränkungen festlegen können.

Vor der Abstimmung über die Vertrauensfrage der Regierung kam es zu einer heftigen Tumultszene, als LEON BLUM die Haltung seiner Partei bei der Abstimmung begründete und dabei die Regierung scharf angriff. Der Zwischenruf eines Abgeordneten der Rechten, BLUM sei ein Agent Deutschlands, führte zu einer lärmenden Schlägerei zwischen den Rechten und den Linken. Die Sitzung wurde unterbrochen.

In der dann vorgenommenen Abstimmung erhielt die Regierung mit 309 gegen 262 eine Mehrheit von 47 Stimmen.

Von der Abrüstungskonferenz.

Genf, 23. Februar.

Die englische und die japanische Abordnung haben dem Präsidium der Abrüstungskonferenz die konkreten Abrüstungsvorschläge ihrer Regierungen übermittelt. Beide Vorschläge halten sich im wesentlichen an den Entwurf der vorbereiteten Konferenz und gehen nur in Einzelheiten darüber hinaus.

Die russische Abordnung hat einen Entwurf eingebracht, nach dem die vollständige und allgemeine Abrüstung die Verhandlungsgrundlage bilden soll. Sollte die vollständige Abrüstung aber abgelehnt werden, so verweist die russische Abordnung auf einen von ihr bereits eingereichten Entwurf, wonach Armeen bis zu 30 000 Mann von jeder Beschränkung der Rüstungen freibleiben und größere Armeen je nach ihrer Größe um einen bestimmten Prozentsatz herabgesetzt werden sollen. Entsprechendes soll für die Flotten eingeführt werden.

Am Dienstag nachmittags faßte das Präsidium der Konferenz den Beschluß, die Konferenzarbeiten im Anschluß an den Konventionentwurf durchzuführen. Es sollen jedoch auch die von diesem Entwurf abweichenden Vorschläge besprochen werden.

Auf Wunsch der nicht-europäischen Staaten soll die Osterpause der Konferenz nur vom 19. März bis zum 4. April dauern.

Amerikanischer Flottenbau.

Washington, 23. Februar.

Der Marineausschuß des Senats nahm einstimmig die Gesetzesvorlage an, die die Regierung ermächtigt, die im Washingtoner Abkommen festgelegte Quote für den Flottenbau voll auszunutzen. Die Kosten, die hierdurch entstehen, werden jährlich auf 70 Millionen Dollar geschätzt. Im Fall weiterer internationaler Abmachungen über Einschränkung des Flottenbaues wird der Präsident ermächtigt, das ganze Flottenprogramm oder einen Teil zu streichen. Die angenommene Gesetzesvorlage regelt sowohl den Neubau als auch den Umbau und den Ersatz von Schiffen.

Zur Nachahmung empfohlen!

Brüssel, 23. Februar.

Die belgische Regierung legte der Kammer einen Gesetzesentwurf vor, nach dem u. a. die Beamtengehälter um 10 Prozent herabgesetzt und die Renten der Kriegsbeschädigten um 10 Prozent heraufgesetzt werden. Von der zehnpromzentigen Herabsetzung werden auch die Ministergehälter und die Bezüge der Abgeordneten betroffen.

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 25. Februar erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungsgelder. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M, zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld.

4600 Jahre China.

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel.

(Copyright by Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin.)

(Fortsetzung.)

Die Gesamteinfuhr von Maschinen aller Art in 1000 Haikuan-Taels betrug:

1901: 12 201
1913: 5 594
1926: 17 028

Der Handelsbericht der Seezollverwaltung für das Jahr 1926 sagt über diese Schwankungen in den Einfuhrziffern: „Der Bedarf an modernen Maschinen und der Wille, sie zu erwerben, sind in China stets vorhanden. Beim geringsten Nachlassen der politischen Krisen entsteht Nachfrage, die aber jedesmal wieder entmutigt wird durch neue Ausbrüche von Bürgerkrieg, Transportschwierigkeiten oder Finanzdepressionen.“

Trotz all dieser Schwierigkeiten geht die industrielle Entwicklung in zunehmendem Tempo vorwärts. Die gesamte Industrieproduktion stieg allein in den Jahren 1912 bis 1920 auf das Zweieinhalbfache, und die chinesischen Unternehmen sind in steigendem Maße an dieser Entwicklung beteiligt.

Wenn man diese Entwicklung der chinesischen Unternehmen und der chinesischen Kapitalistenklasse betrachtet, so darf man nicht vergessen, welche gewaltigen Hindernisse den chinesischen Kapitalisten durch die Kapitalisten der anderen Länder entgegengesetzt werden.

Die alten Industrieländer überschwemen den chinesischen Markt mit billigen Industrieprodukten, vernichten hierdurch die alte handwerkliche Produktion in den Küstengebieten und hemmen die Entwicklung einer einheimischen Industrie.

Seit 1864 war die chinesische Handelsbilanz stets passiv, d. h. die Einfuhr überwiegt die Ausfuhr. Dabei sind mehr als 70 Prozent der nach China eingeführten Waren Fertigfabrikate, und mehr als 80 Prozent der ausgeführten Waren sind landwirtschaftliche Produkte. China ist also heute noch im wesentlichen Rohstoff- und Absatzmarkt des fremden Kapitalismus. (Siehe nebenstehende Tabelle.)

Wert eines Haikuan-Tael 1901: 3.02 Mark
1913: 3.08 Mark
1926: 3.19 Mark

6 bis 7 Jahren gesehen, die dort elf Stunden arbeiteten mit nur einer Stunde Pause dazwischen. Es sind uns Löhnezahlen genannt worden, die gerade für die Lebensmittel einer Familie ausreichen. In Hankau wie in Schanghai erschrickt man vor dem Elend der Arbeiterwohnungen.“

In diesen Worten kommt das ganze Elend des chinesischen Proletariats klar zum Ausdruck. Dennoch ist es wohl wichtig, durch einige Streiflichter die Verhältnisse der chinesischen Arbeiterschaft näher zu beleuchten.

A. Frauen- und Kinderarbeit.

In der Baumwollindustrie schätzt man den Anteil der weiblichen Arbeitskräfte auf 40 Prozent und die Zahl der beschäftigten Kinder auf ebenso viel, so daß in dieser Industrie nur ein Rest von 20 Prozent auf männliche Arbeiter entfällt.

In der Seidenindustrie arbeiten schätzungsweise 300 000 Arbeiter. Davon sind 95 Prozent Frauen und Kinder.

Die vom Stadtrat von Schanghai ernannte Kommission zur Untersuchung der Kinderarbeit hat 1924 die Verhältnisse in Schanghai genau studiert. Sie fand, daß die fremden Fabrikbesitzer mit Ausnahme der Japaner einen größeren Prozentsatz Kinder beschäftigen als die Chinesen, und daß die Fremden auch von der Frauenarbeit einen ergiebigeren Gebrauch machen als die Chinesen.

In den chinesischen Fabriken Schanghais arbeiteten 45 982 Arbeiter im Alter von mehr als zwölf Jahren, davon waren 57 Prozent Frauen. In den fremden Fabriken arbeiteten 85 862 Arbeiter im Alter von mehr als zwölf Jahren, darunter 70 Prozent Frauen. In den englischen Fabriken betrug der Anteil der weiblichen Arbeiter 67 Prozent.

Der Anteil der Kinder unter zwölf Jahren an der gesamten Arbeiterschaft betrug in den chinesischen Fabriken 12 Prozent, in den amerikanischen 16, in den englischen 17, in den italienischen 46 und in den französischen 47 Prozent. In den englischen Fabriken war jeder sechste Arbeiter ein Kind unter zwölf Jahren, in den chinesischen jeder achte und in den japanischen jeder siebzehnte Arbeiter.

Und was ist die Ursache dieser Kinderarbeit, dieser furchtbaren Ausbeutung der Frauen, die bei ihrer schweren Arbeit teilweise den schlafenden Säugling auf dem Rücken tragen? Der Lohn des Familienvaters genügt nicht, um die Familie zu erhalten. Chinesische wie fremde Unternehmer stellen es daher so dar, als ob die Beschäftigung von Frauen und besonders von Kindern ein Werk der Wohltätigkeit (!) sei.

(Fortsetzung folgt.)

Banken-Sanierung — Sozialisierung der Verluste.

Charakteristisch für die nunmehr veröffentlichten Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Großbanken ist die außerordentlich verwickelte Art der Abwicklung. Alles läuft darauf hinaus, die Anteilnahme des Reiches möglichst in den Hintergrund treten zu lassen und es den Bankverwaltungen möglichst leicht zu machen, sich aus ihrer Abhängigkeit vom Reich wieder zu lösen.

Der Aufwand an öffentlichen Mitteln.

Zur Sanierung stehen insgesamt 850 Millionen Mark an öffentlichen Mitteln zur Verfügung. Eine Notverordnung vom 22. Februar ermächtigt das Reich, 250 Millionen Mark zu verausgaben und 400 Millionen Mark im Wege des Kredits (d. h. durch Gewährung von Schatzanweisungen an die Banken) zu beschaffen. Ferner wird die Golddiskontbank (eine Untergesellschaft der Reichsbank) neue Aktien im Betrage von 200 Millionen Mark ausgeben, für deren Erlös sie Aktien der verschiedenen Privatbanken kaufen wird. Die Golddiskontbank ihrerseits verkauft ihre Aktien an die Reichsbank; und die Reichsbank bezahlt diese Aktien aus den Gewinnen, die sie in den vergangenen Krisenmonaten gemacht hat. Vielleicht wird die Reichsbank auch Gewinnreserven aus früherer Zeit zum Kauf der neuen Aktien der Golddiskontbank heranziehen.

Der größte Teil dieser Mittel wird sofort verausgabt, nämlich 639 Millionen Mark, und zwar wie folgt:

(Angaben in Millionen Mark*)	
Verlorene Zuschüsse an die Danatbank-Dresdner Bank	193,— M
Vorläufiger Verlust auf Aktien der Commerzbank (dessen Tilgung durch die Commerzbank an und für sich vorgesehen ist)	26,— M
Barausgaben des Reiches	219,— M
Auffüllung von Reserven bei der Dresdner Bank-Danatbank	190,— M
Commerz- und Privatbank	40,— M
Allgemeine Deutsche Cred.	4,05 M
Kreditbeschaffung (durch Schatzanweisungen)	234,05 M
De-Di-Bank-Aktien, 50 Mill.**	57,5 M
Commerzbank-Aktien (neue), 45 Mill.**	51,75 M
Commerzbank-Aktien (alte), 11,16 Mill.**	11,16 M
Dresdner Bank-Aktien, 48 Mill.**	50,40 M
Adca-Aktien, 13 Mill.**	14,95 M
Aktien-Erwerb durch die Golddiskontbank	185,76 M
Gesamten Aufwand von öffentlichen Mitteln	638,81 M

Hierzu kommt noch, daß das Reich im vorigen Sommer zur Stützung der Dresdner Bank deren Vorzugs-Aktien im Höhe von 300 Millionen Mark erwarb. Hiervon gibt das Reich jetzt 148 Millionen als verloren auf; dieser Betrag ist im ersten Posten unserer Zusammenstellung enthalten. Die restlichen 152 Millionen Mark muß man zur obigen Endsumme von 639 Millionen Mark hinzurechnen, um den gesamten Aufwand an öffentlichen Mitteln zu Gunsten der Banken zu ermessen. Er beträgt also 791 Millionen Mark.

Beitrag der Aktionäre.

Der Zweck dieser Aufwendungen ist zunächst der, den Banken beträchtliche Abschreibungen auf ihre festgefrorenen Kredite — und in minderem Maße auf ihre Wertpapiere — zu ermöglichen. Zu diesem Zweck hat man auch einen Beitrag von Seiten der Aktionäre erhoben, indem die dem Publikum gehörigen Aktien im Wert herabgesetzt werden.

Außerdem hatten die Banken einen Teil ihrer eigenen Aktien in den Krisenjahren angekauft, um den Kurs zu stützen. Diese werden jetzt bei der Danatbank und der Dresdner Bank ganz vernichtet; bei der De-Di-Bank wird ein Drittel vernichtet; die Aktien der Commerzbank werden vom Reich übernommen, das sie mit einem Verlust von 26 Millionen Mark (zweiter Posten unserer Tabelle) an die Golddiskontbank weiterverkauft.

Alle in Händen des Publikums befindlichen Aktien werden nach einem bestimmten Schlüssel „zusammengelegt“, d. h. der Aktionär erhält z. B. bei der Dresdner Bank und der Commerzbank für zehn alte Aktien drei neue Aktien. Der Beitrag, den die Aktionäre auf diese Weise zahlen, hängt ab davon, zu welchem Kurs sie seiner Zeit die alten Aktien gekauft haben und wie hoch man die neuen Aktien bewertet. Rechnet man einfach den Nennwert der Aktien, so ergibt sich folgender Verlust für die Aktionäre der verschiedenen Banken. In der nachstehenden Tabelle bringen wir außerdem die Beträge, die die Banken aus ihren offenen Reserven und ihrem Gewinn von 1931 beisteuern, ferner die Beihilfen der öffentlichen Hand. (In Millionen M.)

Bank	Verlust der Aktionäre aus Aktienzusammenlegung	Transparanznahme der offenen Reserven u. Gewinne	Reichsbeihilfe
Deutsche Bank und Disc.-Ges.	108,—	168,6	57,5
Commerzbank	26,44	54,1	128,9
Dresdner Bank	29,1	81,4	585,4
Darmstädter und Nationalbank	17,5	—	—
Allgemeine Deutsche Creditanstalt	12,—	11,0	19,0
	193,04	315,1	790,8

*) Nennwert. — Der Kaufpreis beträgt in den verschiedenen Fällen 115 bzw. 105 bzw. 100 Prozent des Nennwertes.
 **) Abkürzungen: De-Di-Bank = Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft (die größte deutsche Privatbank). Commerzbank = Commerz- und Privatbank. Danatbank = Darmstädter und Nationalbank (die Bank, die im Juli 1931 zuerst ihre Schalter schließen mußte). Adca = Allgemeine Deutsche Creditanstalt (eine in Sachsen arbeitende Provinzbank).

Kritik. — Unser Vorschlag.

Der Verlust der Aktionäre ist insofern tatsächlich höher, als sie ihre Aktien wohl meistens teurer als zum Nennwert gekauft haben; vor allem gilt dies für die Danat-Bank-Aktien. Andererseits hätten die Aktionäre ohne das Dazwischentreten des Reiches alles verloren, wenn man wie früher üblich Unternehmer und Gläubiger für die Folgen ihrer Geschäfte selber aufkommen ließ.

Den Aktionären verbleiben folgende Aktienbeträge (in Millionen Mark):

Deutsche Bank und Disconto-Ges.	72,— M
Commerz- und Privatbank	11,34 M
Dresdner Bank-Danatbank	20,— M
Allgemeine Deutsche Creditanstalt	6,— M
	109,34 M

Hätte man auch dieses Aktienkapital für wertlos erklärt (und den Aktionären eventuell zum Trost Genußscheine gegeben), so hätte man zunächst dem Reich Aktien in Höhe von 109 Millionen Mark geben können, um diesen Betrag hätte dann der Anteil der „Verlorenen Zuschüsse“ des Reiches an dem gesamten Sanierungsbedarf von 791 Millionen Mark herabgesetzt werden können.

Außerdem wäre es durchaus in der Ordnung gewesen, die Gläubiger der Banken an dem Verlust zu beteiligen. Die Gläubiger aller vier Banken haben rund 8 Milliarden Mark zu fordern. 10 Prozent hiervon würden genügen, um den Sanierungsbedarf von 791 Millionen voll zu decken. Da dieser Betrag auch für die Wiederauffüllung der Aktienkapitale Sorge trägt, so könnte man den Gläubigern die neuen Aktien geben (Nennwert 463 Millionen Mark; vergleiche die folgende dritte Tabelle). Rechnungsmäßig würden die Gläubiger also sogar nur 4 Prozent ihrer Forderungen verlieren; für 6 Prozent ihrer Forderungen bekämen sie Aktien.

Diese Methode wäre die gerechtere gewesen und hätte auch der Bereinigung der Krise besser gedient; insbesondere dann, wenn man die kleinen Konten in geringerem Maß herabgesetzt hätte als die größeren und großen Konten, wie dies bei Sanierungen durchaus üblich ist. Auf diesem Weg hätte man, anstatt die Kaufkraft der Massen zu beschneiden (durch Steuern und inflatorische Maßnahmen zwecks Aufbringung der Reichsbeihilfe), die Kaufkraft der reicheren Bevölkerungsschichten herangezogen.

Diese Methode der Sanierung wäre auch weit kontrollierender als alle „Bankenkontrolle“. Erstens wird ja die Bankenkontrolle von der gegenwärtigen Regierung im Sinne des Kapitalismus ausgeübt. Zweitens wäre auch unter einer sozialistischen Regierung die Wirtschaftspolitik (zum Beispiel Beseitigung der Agrarzölle und Kartellpreise) weit wichtiger als alle Bankenkontrolle. Drittens: weit mehr als ein Bankenkontrollleur in eigener Person sein ganzes Leben lang bei den „Wirtschaftsführern“ ausrichten könnte, würde die Lektion bewirken, die unsere Methode der Sanierung bedeutet: Sie macht die Kapitalisten, Unternehmer wie Gläubiger, für ihre Geschäfte verantwortlich und läßt sie für die Folgen aufkommen.

Daß die Konten der Auslandsgläubiger in einem solchen Fall in gleichem Maß wie die inländischen Konten herabgesetzt werden sollten und daß dies dem deutschen Auslandskredit keineswegs schaden würde, haben wir schon an anderer Stelle auseinandergesetzt. (Vergleiche den Leitartikel über „Vogel-Strauß-Politik“ im „Funken“ vom 10. Februar.)

Abschreibungen.

Der Aufwand an öffentlichen Mitteln und die Zusammenlegung der Aktien dient, wie gesagt, in erster Linie dazu, die Abschreibung der Verluste zu decken. Hierzu werden auch die Reserven der verschiedenen Banken herangezogen (wie in der zweiten Tabelle angegeben), ebenso ihre Gewinne im Jahre 1931. Darüber hinaus dienen die öffentlichen Mittel zur Wiederauffüllung der Reserven und (durch Aktienkauf seitens der Golddiskontbank) zur Wiedererhöhung der Aktienkapitale.

Die bisherigen und die neuen Aktienkapitale und Reserven sowie die Abschreibungen der verschiedenen Banken bringen wir in folgender Übersicht (Angaben in Millionen Mark):

Bank	Vor Sanierung		Nach Sanierung		Abschreibungen
	Aktienkapital	Reserven	Aktienkapital	Reserven	
De-Di-Bank	285,—	160,—	144,—	25,2	275,0
Commerzbank	75,—	40,5	80,—	30,—	106,7
Dresdner Bank	460,—	94,—	220,—	30,—	321,5
Adca	40,—	11,—	19,—	6,—	25,1

Der Einfluß des Reiches bei den verschiedenen Banken.

Die Darmstädter und Nationalbank und die Dresdner Bank, die im vorigen Jahr in die größten Schwierigkeiten gerieten, werden, wie schon in den vorstehenden Tabellen angedeutet, vereinigt. Die Garantie, die das Reich für die Schulden der Danat-Bank 1931 gewährt hatte, gilt damit als abgegolten. Hiervon werden nur die Auslandsgläubiger der Danat-Bank ausgenommen, die 380 Millionen Mark zu fordern haben.

Trotz dieser Verschmelzung bleibt die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, den Einlagen nach gerechnet, die größte deutsche Aktienbank.

Die Commerzbank kommt an dritter Stelle. Mit ihr wird bei dieser Gelegenheit der Barmer Bankverein vereinigt. Mit diesem Institut, das in Rheinland und Westfalen tätig war, verschwindet die eine der beiden bisher noch übrig gebliebenen Provinzbanken (mit Filialnetzen). Der Zentralismus, den die Regierung in ihren Reden bekämpfen zu wollen ankündigte, wird also gefördert.

Die andere große Provinzbank, die Allgemeine Deutsche Creditanstalt, ein sächsisches Institut, erhält ebenfalls eine Reichshilfe.

Das Reich, beziehungsweise die Golddiskontbank, ist nun an den Aktienkapitalien der verschiedenen Banken mit folgenden Prozentsätzen beteiligt:

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft	35 %
Commerzbank	70 %
Dresdner Bank	90 %
Allgemeine Deutsche Creditanstalt	69 %

Mit Ausnahme von der Dresdner Bank ist vorgesehen, daß die Bankverwaltungen die vom Reich übernommenen Aktien unter bereits verabredeten Bedingungen zurückkaufen und sich so vom Reich unabhängig machen können. Von diesem Recht wird aber wohl in absehbarer Zeit höchstens die De-Di-Bank Gebrauch machen. Diese Bank legt großen Wert darauf, ihren privatwirtschaftlichen Charakter aufrechtzuerhalten. Sie hat nur auf Drängen des Reichsfinanzministers jetzt ihre Sanierung durchgeführt und innerhalb von zwei Tagen 22 Millionen Mark Aktien bei ihr nahestehenden Kapitalisten untergebracht. Sie beabsichtigt, weitere Beträge zur Zeichnung anzubieten für Kreise, „die für die Erhaltung des privatwirtschaftlichen Charakters der Bank Interesse haben“. Die Deutsche Bank, als größte deutsche Aktienbank, appelliert also an die Solidarität der Kapitalisten.

Die Deutsche Bank ist auch die einzige, die berichtet, daß sie die Garantie- und Akzeptbank (die im vorigen Sommer zur Stützung der anderen Banken gegründet worden war) nie in Anspruch genommen habe. Wie unsere zweite Tabelle zeigt, ist die Beteiligung der öffentlichen Hand bei der Deutschen Bank als Folge der jetzigen Sanierung die verhältnismäßig geringste.

Infolgedessen wird auch die Deutsche Bank von keinen besonderen Bindungen betroffen. Das gleiche gilt von der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt.

Die Commerzbank übernimmt verschiedene Verpflichtungen. Wegen eines Teils der ihr jetzt gewährten öffentlichen Mittel (23¼ Millionen Mark) zahlt sie an das Reich von ihrem jährlichen Reingewinn 15 Prozent, bis zur Tilgung der erwähnten Summe. Auch die beiden übrigen Posten (Schaffung einer besonderen Reserve von 16¼ Millionen Mark, ferner der erwähnte Verlust des Reiches auf Commerzbank-Aktien in Höhe von 26 Millionen Mark) sollen allmählich getilgt werden. Vorgesehen ist, daß nach einer Dividende von 8 Prozent von dem verbleibenden Reingewinn 60 Prozent an das Reich abgeführt werden. Ob auf diesem Weg wirklich etwas an das Reich gezahlt werden wird, erscheint mehr als zweifelhaft.

Auch die Dresdner Bank ist verpflichtet, die ihr gewährten (und noch nicht bei der jetzigen Sanierung vom Reich abgeschriebenen) Mittel größtenteils zurückzuzahlen. Der Erfolg ist fraglich. Als Vertreter des Reichs tritt Herr RITSCHER, bisher Direktor bei der Reichs-Kredit-Gesellschaft, in die Dresdner Bank ein. In die anderen Banken entsendet das Reich keinen Vertreter. Herbert Reinemann.

Handelspolitik.

Drei Meldungen vom 23. Februar:

Belgien: Die Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem gewisse Zolltarife außerhalb der Handelsabkommen um 15 Prozent erhöht werden.

Schweiz: Nach Ablauf des gekündigten deutsch-schweizerischen Handelsvertrages hat die Schweiz, wie wir berichteten, Einfuhrkontingente festgesetzt, d. h.: die Mengen beschränkt, die zu den normalen Zollsätzen hereingelassen werden. Der Handelsvertrag lief am 4. Februar ab. Nun erklärt plötzlich die schweizerische Regierung, während des Januar (also während der Geltung des alten Handelsvertrages) seien so viele deutsche Waren nach der Schweiz eingeführt worden, daß die Kontingente für eine Reihe von Artikeln teilweise bereits überschritten seien; die Schweiz sperrt daher jetzt deren Einfuhr.

Randstaaten: Estland hat an Litauen, Finnland und Lettland den sehr bescheidenen Vorschlag gemacht, ein „Zollfriedensprotokoll“ zu unterzeichnen, durch das die genannten Staaten sich verpflichten, untereinander keine neuen Einfuhrbeschränkungen und Zollerhöhungen vorzunehmen oder wenigstens vorher darüber zu verhandeln. — In Estland selber glaubt man nicht an die Verwirklichung dieses Vorschlags!

Täuschung in drei Schichten.

Die neuen Vierpfennigstücke werden in Bayern in Privatbetrieben, nicht in der staatlichen Münze, hergestellt. Warum? In der staatlichen Münze wird seit Wochen in drei Schichten gearbeitet an der Prägung von Silbergeld. Alles nur, um den Geldumlauf zu vergrößern, ohne die regelmäßig veröffentlichte Ziffer für die Notendeckung sinken zu lassen!

Berichtigung: Der in Nr. 46 veröffentlichte Hamburger Preis für unverzollten Hafer beträgt nicht 3,09 Mark, wie dort angegeben, sondern 7,51 Mark.